

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Wesungsbüro bei täglich zweimaliger Zustellung
frei Haus monatlich RM. 2.50, durch Postversand
RM. 2.50 monatlich RM. 4.50 Halbjährlich RM. 24.00
Jahresabonnement RM. 48.00, Porto und Steuern
abwärts. Einzelhefte RM. 1.00, abwärts.
Dresdner Verlag, Postfach 10, Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/39. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Landrates zu Dresden und des Schiebsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden.

Wesungsbüro bei täglich zweimaliger Zustellung
(21 mm breit) 11,30 Rp. Nachdruck nach Artikel 17
Bismarckgesetz u. Reichsgesetzblatt Nr. 100
1911, § 10. — Nachdruck
nur mit Genehmigung des Dresdner Verlags.
Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jesusitenfrage in der Schweiz aktuell

Aufenthaltsbewilligung für eine jesuitische Schule erteilt

Basel, 3. Januar.
In der Schweiz ist plötzlich die Jesusitenfrage aktuell geworden. Die Gemeinde Sitten im Kanton Valais hat dem Kantonsrat, dem zweitgrößten Schulunternehmer der Jesusiten, Aufenthaltbewilligung erteilt, obwohl Artikel 51 der Bundesverfassung den Jesusiten jede Betätigung in der Schweiz untersagt. Welche schweizerische Kreise nehmen gegen diese überraschende und unumwundene Zulassung energische Stellung und verlangen Rückgängigmachung. Auf Grund einer parlamentarischen Anfrage hat der Bundesrat das Justiz- und Polizeidepartement auch bereits zur Prüfung des Sachverhalts und zur Berichterstattung aufgefordert.
In einem ausführlichen Artikel äußert sich jetzt die „Neue Zürcher Zeitung“ und beleuchtet alle Gesichtspunkte, die für die Schweiz in der Jesusitenfrage maßgebend sind. Es überrascht und werde in der Schweiz nicht verstanden, daß trotz

Artikel 51 der Bundesverfassung durch Ueberrumpfung dem Jesusitenorden Niederlassung gewährt worden sei, daß er Grundbesitz erwerben und sich einrichten konnte. Dann wendet sich die Zeitung gegen die von einigen kirchlichen Blättern verbreitete Auffassung, der Jesusitenartikel der Bundesverfassung sei überholt. Dieser Artikel, so erklärt das Blatt, ist eine Bestimmung, die der Erhaltung und Festigung des konfessionellen Friedens dienen soll und gehört somit zu den Grundbestimmungen der Bundesverfassung. Durch ihn wird die Betätigung der Jesusiten abgelehnt, die systematisch darauf hinstrebt, eine Staatsautorität, wenn sie nicht katholisch ist, einzuschränken und anzuzweifeln und durch kirchliche Machtgelüste zu verdrängen. Der Jesusitenorden ist ein Kampforden. Wir müssen einsehen, daß mit den Jesusiten die Macht und der Absolutismus der katholischen Kirche vorwärts drängt, ein System, das das gesamte, auch das Staatsleben, erschaffen will. Es handelt sich schließlich um die Streitfrage der Oberhoheit zwischen Staat und Kirche.

Randbemerkungen

Importierte Degez

Walter Edeus Amerikareise kehrt seit schon der Vergangenheit an. Sie hat dazu beigetragen, neues Wasser auf die Mühlen der Degezpolitik vom Staat eines Mr. Jones zu gießen. Fast scheint es so, als sei das amerikanische Indemium auf den Import von Degezern angewiesen, um die Rente der Verleumdung der ihnen auf dem Raagen liegenden autoritären Staaten nicht abreißen zu lassen. Denn jetzt ist Leon Blum an der Reihe, die Fahrt über das große Wasser anzutreten und den Amerikanern neue Märchen über die aus den Fingern geratene Alte Welt aufzutischen. Genau wie Mr. Edeus, so hat Leon Blum einer Einladung. Das kostet in nichts und bringt — Edeus hat das la erfahren — unter Umständen noch nebenbei ein hübsches Säckchen ein. Denn jedes Wort gegen den Nationalsozialismus oder den Faschismus wird mit guten amerikanischen Dollars aufgenommen. Wie sich die Lätigkeit Leon Blums in Amerika gestalten wird, läßt sich un schwer aus der Tatsache erkennen, daß es der New Yorker Demokratische Wisse gewesen ist, der Leon Blum die Einladung ausgereicht hat. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß jetzt auch wieder Herr Benesch die Zeit nützlich zu sein scheint, einen Afrika im irischen zu inszenieren. Er will die Vereinigten Staaten zwar nicht selbst mit seinem Besuch beehren, denn es ist in der Zwischenzeit ja eintrags bekannt geworden, was dem Erfolg eines Amerika-Besuchs des Expräsidenten nur Abbruch tun könnte. Deshalb soll Benesch Bruder, Wotta Benesch, die Reise nach Amerika antreten, um die in den Jahren des Weltkrieges von Masaryk betriebene Außenpolitik erneut aufleben zu lassen. Die Politik floriert bei dieser Sorte von „Politikern“ nur, wenn die Angelegenheit einen finanziellen Hintergrund hat. So gilt der Besuch Wotta Benesch gleichzeitig den amerikanischen Geldböden, aus denen die Gelder zur Finanzierung der von den Juden organisierten Degez fließen.

Deutschlands Seerüstung für die Landesverteidigung

Die Verhandlungen in Berlin im Geiste des Flottenabkommens vom Jahre 1935

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Januar.
Die englische Presse beschäftigt sich mit den Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Marinefachverständigen, die, wie berichtet, am 30. Dezember in Berlin stattfanden, und knüpft an diese Verhandlungen alle möglichen und unmöglichen Vermutungen. Sie geht dabei teilweise so weit, Deutschland vorzuwerfen, daß es auf eine Durchlöcherung des deutsch-englischen Flottenabkommens vom Jahre 1935 hinarbeite. Zum Teil bringt sie die deutschen Wünsche nach einer Verstärkung der U-Boot-Tonnage mit der Frage im Mittelmeer, dann aber auch mit der Aufstellung eines Atlantischgeschwaders in den Vereinigten Staaten und schließlich auch mit der Kompletz Chamberlains in Zusammenhang.
Alle diese Kombinationen sind vollkommen abwegig. Der klare Tatbestand ist vielmehr der, daß in dem Abkommen von 1935, das bekanntlich das Verhältnis der Gesamttonnage der deutschen Flotte zu der Gesamttonnage der englischen Flotte auf 35 zu 100 festsetzt, Deutschland das Recht zugestanden worden ist, bei den U-Booten 100 Prozent der englischen U-Boot-Tonnage zu erreichen, also auf Kosten der Tonnage anderer Schiffskategorien. Deutschland hat sich damals verpflichtet, über 45 Prozent der englischen U-Boot-Tonnage nicht hinauszugehen, aber für den Fall, daß eine besondere Lage eintreten sollte, in freundschaftliche Verhandlungen mit England über diesen Punkt einzutreten. In dem Zusatzabkommen des Jahres 1937 hat Deutschland zunächst auf den Bau des ihm an sich zustehenden vierten und fünften schweren Kreuzers der sogenannten A-Kreuzerkategorie mit 20,3-Zentimeter-Kaliber verzichtet mit der Einschränkung, daß diese Bauten nicht erfolgen würden, wenn nicht besondere Umstände eintreten sollten.
Nach Ansicht der Reichsregierung ist aber jetzt eine besondere Lage eingetreten. Aus diesem Grunde hat auch die

Reichsregierung in London um Besprechungen gebeten, die, wie schon gesagt wurde, am 30. Dezember in Berlin stattfanden und die, wie sich aus der amtlichen Meldung ergab, in sehr freundschaftlichem Geiste geführt wurde. Dabei steht aber im Augenblick noch gar nicht einmal fest, inwieweit nun Deutschland über die ursprünglich vorgesehene 45 Prozent der englischen U-Boot-Tonnage bei seinem U-Bootbau hinauszugehen wird, ob es also die ihm rechtlich zustehenden 100 Prozent der U-Boot-Tonnage voll ausnützen wird oder nicht, und ob es nun weiterhin den vierten und fünften schweren Kreuzer auf Stapel legt oder nicht.
Arbeit hierüber wird erst in einigen Tagen geschaffen werden, wenn die zur Zeit noch ausstehende deutsch-englische Erklärung veröffentlicht werden wird. Schon daraus ergibt sich, wie unsonstig alle Zahlenberechnungen und alle Kombinationen der ausländischen Presse sind. Es muß demgegenüber vielmehr nachdrücklich betont werden, daß Deutschland keine Maßnahmen nur im Interesse seiner Landesverteidigung und seiner Seeverbindungen trifft.

Montague Norman besucht Dr. Schacht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Januar.

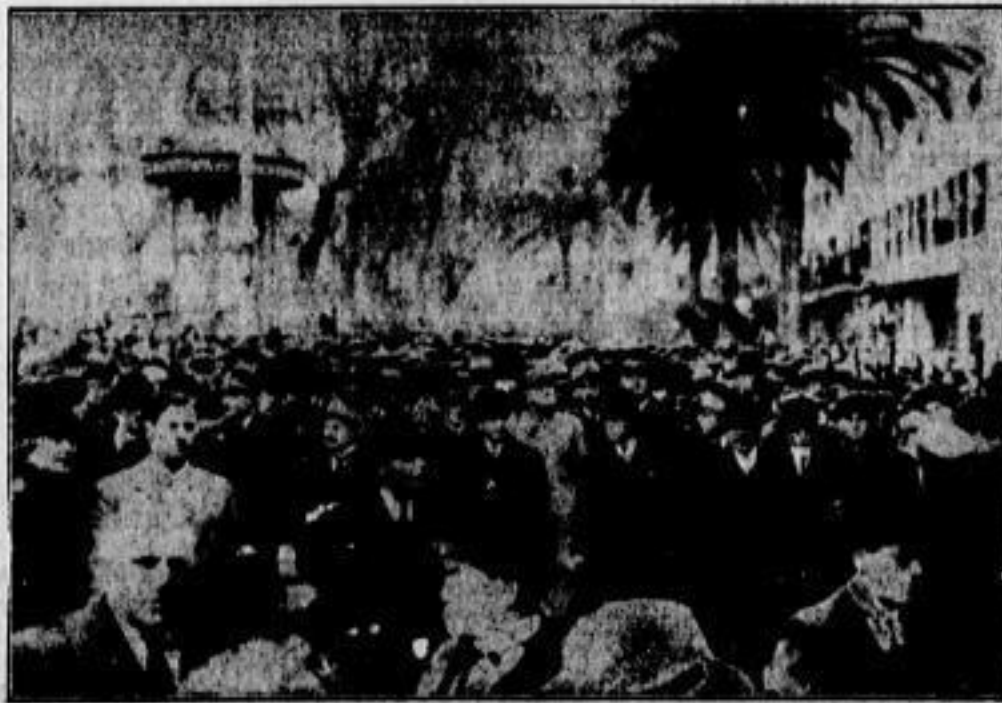
Nach Londoner Blättermeldungen wird sich der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, am Mittwoch nach Berlin begeben, um Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Besuch abzustatten. Zum Wochenende werde er zu einer Sitzung der Bank für Internationale Zahlungen nach Basel weiterreisen. Die englischen Blätter betonen zwar, daß die Reise Montague Normans privater Natur sei, glauben aber dennoch, daß bei dieser Gelegenheit die während des Aufenthalts von Dr. Schacht in London kurz vor Weihnachten durchgeführten wirtschaftlichen und finanziellen Besprechungen in Berlin fortgesetzt werden.

Der Fall Wang-Tching-Wei

Wang-Tching-Wei, der bisherige Vorsitzende des Zentralkomitees der Kuomintang, der chinesischen Einheitspartei, ist aus der Partei ausgeschlossen worden. Damit hat ein „Fall“ sein Ende gefunden, der seit Wochen die politische Hinterbühne in Chosen beherrschte und der kennzeichnend ist für die unsichtbaren Kämpfe, die sich mitten im Kriege zwischen dem von Japan beherrschten Peking und Tschiangtschek Hauptstadt Tschungking angespannt haben — wobei die phantasmagorische Gestalt des Generals Doihara, des „japanischen Lawrence“, vielleicht wieder eine Rolle spielt. Wang-Tching-Wei, Tschiangtscheks Bundesgenosse von gestern und sein Gegenüber von morgen, ist auch sein Feind von vorgestern. In der südchinesisch-halbkommunistischen Kanton-Regierung hatte er großen Einfluß, bis der Marschall diese Filiale den



Neujahr auf dem Oberpfalzberg
Am Neujahrstage überbrachten Mitglieder dem Führer ihre Glückwünsche zum neuen Jahre.



Daladier auf Korsika
Am Montag traf der französische Ministerpräsident Daladier mit dem Kreuzer „Joch“ in Ajaccio ein. Unser Bildtelegramm zeigt Daladier (X) in den Straßen von Ajaccio auf dem Wege zum Gefallenendenkmal.

Vertical text on the left margin, including 'ADEN', '381', 'nsche Dank', and other small notices.